S. 205 / Nr. 53 Familienrecht (d)

BGE 62 II 205

53. Urteil der II. Zivilabteilung vom 24. September 1936 i. S. Brunner gegen Vormundschaftsbehörde Meltingen.

Regeste:

Zur Wiederherstellung der elterlichen Gewalt ist die Behörde am Wohnort der Eltern zuständig, Art. 287/8 ZGB (unter dem Vorbehalt, dass die Kantone für ihre im Kanton wohnenden Bürger die Behörden der Heimat als zuständig erklären können, Art. 376 Abs. 2 ZGB).

Die Vormundschaftsbehörde der Einwohnergemeinde Meltingen im Kanton Solothurn entzog im Jahre 1931 dem damals dort wohnenden Beschwerdeführer, der Luzerner Kantonsbürger ist, die elterliche Gewalt über seine Kinder aus erster Ehe.

Gegenwärtig verlangt der nun in Basel wohnende Beschwerdeführer von der Vormundschaftsbehörde der Einwohnergemeinde Meltingen die Wiederherstellung der elterlichen Gewalt.

Auf eine bezügliche Beschwerde ist der Regierungsrat des Kantons Solothurn am 14. Juli 1936 «mangels örtlicher Zuständigkeit der solothurnischen Behörden» nicht eingetreten.

Hiegegen richtet sich die vorliegende zivilrechtliche Beschwerde mit dem Hauptantrag auf Rückweisung zu materieller Entscheidung.

Das Bundesgericht zieht in Erwägung:

Die Wiederherstellung der elterlichen Gewalt ist das Gegenstück zu deren Entziehung. Dem entspricht es, dass für jene gleich wie für diese (vgl. BGE 53 II 282) die Behörde am gegenwärtigen Wohnort der Eltern zuständig

Seite: 206

sei. Weil die Entscheidung über ein solches Gesuch wesentlich durch die gegenwärtigen Lebensverhältnisse der Eltern bedingt ist, verdient dieser Ort den Vorzug vor demjenigen, an welchem seinerzeit die Entziehung ausgesprochen worden ist (wie auch vor demjenigen andern, an welchem allfällig die Vormundschaft über die Kinder geführt wird), und zwar aus den gleichen Gründen, die dafür bestimmend waren, für die Beurteilung von Gesuchen um Änderung der Gestaltung der Elternrechte über Kinder aus geschiedener Ehe nicht das seinerzeitige Scheidungsgericht als zuständig zu erklären (BGE 46 II 333). Abweichendes kann sich nur aus Art. 376 Abs. 2 ZGB ergeben, der gleichwie (gemäss BGE 53 a.a.O.) für die Entziehung, so auch für die Wiederherstellung der elterlichen Gewalt vorzubehalten ist, jedoch auf den vorliegenden Fall wegen Auseinanderfallen von Heimat- und Wohnkanton nicht zutrifft. Durch diese Entscheidung wird auch die Befürchtung des Beschwerdeführers hinfällig werden, die Basler Behörden werden sich nicht mit seinem Wiederherstellungsgesuch befassen, das ja in erster Linie Familienrechte eines Einwohners von Basel zum Gegenstand hat und nur indirekt den Fortbestand einer anderswo als in Basel geführten Vormundschaft in Frage stellt.

Demnach erkennt das Bundesgericht: Die Beschwerde wird abgewiesen